Niederlande

Gemeinsame digitale Infrastruktur

[17.12.2014] In Holland steht öffentlichen Verwaltungen aller Ebenen künftig ein gemeinsames E-Government-Portal zur Verfügung. Die Regierung schließt damit bis Ende dieses Jahres ihr 2008 gestartetes i-NUP-Programm ab.

Die niederländische Regierung geht davon aus, die Umsetzung ihres E-Government-Programms i-NUP noch in diesem Jahr abschließen zu können. Das teilte das Innenministerium des Landes mit. Die NUP-Richtlinie wurde im Jahr 2008 entwickelt und beinhaltet den Aufbau einer gemeinsamen digitalen Infrastruktur für alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung. Das soll die Bereitstellung von Services sowie den Informationsfluss zwischen den Behörden verbessern. Teil des Projekts war es laut einer Meldung auf dem Joinup-Portal der EU-Kommission, bislang separate Datenbanken in einem einzigen System zusammenzuführen. Dies habe sich als erfolgreicher Ansatz erwiesen. So hat sich die Nutzung des Bevölkerungsregisters dadurch seit dem Jahr 2010 verdreifacht. Die gemeinsame digitale Infrastruktur soll in Zukunft unter Leitung des nationalen E-Government-Beauftragten weiter entwickelt und an aktuelle Anforderungen angepasst werden. Bis zum Jahr 2017 will Holland dann nur noch ein einziges E-Government-Portal vorhalten, über das Verwaltungsservices sowohl für Bürger als auch für Unternehmen bereitgestellt werden.

(bs)

Stichwörter: CMS | Portale, Niederlande, international